Handelskammer und
Arbeitgeberverband
Graubünden

JAHRESBERICHT 2012

Präsidialanspra
Wirtschaftliches Umf

Porträt 4

Das Wirtschaftsjahr 2012 5

Vernehmlassungen und Abstimmungen 11

Zusammenarbeit 17

Verbandsaktivitäten 18

Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus 21

Jahresrechnung 2012 23

Revisorenbericht 2012 26

Verbandsorganisation 2012 27

PORTRÄT

WER WIR SIND

Handelskammer und Arbeitgeberverband ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Industrie, Handel und Dienstleistung rekrutieren.

Der Vorstand besteht aus 25 Spitzenleuten aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus. Dieser bestimmt die Richtlinien der Verbandspolitik.

WOFÜR WIR UNS STARK MACHEN

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden bezweckt die Vertretung und die Förderung der Interessen der Wirtschaft aus Handel, Industrie, Dienstleitung, Tourismus sowie freien Berufen gegenüber Bund, Kanton, Öffentlichkeit und anderen Organisationen unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Handelskammer und Arbeitgeberverband setzt sich für die branchenübergeordneten Interessen der Arbeitgeberschaft und für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Graubünden ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden macht sich stark für möglichst günstige Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und setzt sich für eine privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden engagiert sich für

- Günstige Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft;
- Geordnete politische Verhältnisse;
- Eine niedrige Steuer- und Gebührenbelastung;
- Eine unternehmensfreundliche Raumplanungs- und Verkehrspolitik;
- Ein hohes Bildungsniveau und wirtschaftsnahe Bildungsinhalte;
- Eine freiheitliche Energiepolitik;
- Eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

Die Vertretung der Interessen der Mitglieder erfolgt durch Tätigkeiten in Kommissionen und politischen Gremien, durch Mitwirkung bei Vernehmlassungen sowie durch Vorstösse und persönliche Kontakte. Wir nehmen Stellung zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden.

Im Vordergrund der politischen Arbeit von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden stehen die Aktivitäten im Kanton Graubünden. So engagieren wir uns auch bei Wahlen und Abstimmungen, geben Empfehlungen ab und wirken in Kampagnen mit.

Ferner erbringt Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden folgende Dienstleistungen:

- Ursprungszeugnis- und Beglaubigungsdienst
- Exportberatungen
- Kontaktvermittlungen
- Rechtsauskünfte an Mitglieder
- HK-News-Mitteilungen an Mitglieder

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2012

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2012 INTERNATIONAL

Die Weltwirtschaft entwickelte sich im Jahr 2012 schleppender als erwartet. Dies kam im – vom Krisenjahr 2009 abgesehen – tiefsten Expansionstempo des Welthandels seit zehn Jahren zum Ausdruck. Das schwache Wirtschaftswachstum war in erster Linie auf die enttäuschende Entwicklung in der Eurozone und in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens, vor allem in China, zurückzuführen. Die europäische Finanz- und Staatsschuldenkrise verschärfte sich, und die Wirtschaftsleistung in der Eurozone ging zurück. Die aufstrebenden Volkswirtschaften spürten nicht nur die nachlassende Exportnachfrage aus Europa, sondern auch die Folgen ihrer restriktiven Wirtschaftspolitik aus den Vorjahren. In den USA stieg das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Jahr 2012 um 2,2 % und wuchs damit leicht stärker als im Vorjahr. Die allmähliche Erholung am Arbeitsmarkt und die ab Jahresmitte langsam wieder steigenden Häuserpreise stützten den privaten Konsum. Dagegen verloren die Unternehmensinvestitionen an Schwung und die staatliche Nachfrage bildete sich zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone stand im Banne der Finanz- und Staatsschuldenkrise. Ende 2011 geriet die Eurozone in eine Rezession, die im Jahr 2012 anhielt und im Jahresdurchschnitt zu einem Rückgang des BIP von 0,5 % führte. Die Binnennachfrage bildete sich in vielen Ländern zurück. Die südlichen Mitgliedländer der Eurozone verharrten in einer tiefen Rezession, u. a. als Folge der Konsolidierung der Staatshaushalte. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone stieg bis zum Jahresende auf 11,7%, den höchsten Stand seit Beginn der Währungsunion. In Japan setzte sich die Konjunkturerholung dank der umfangreichen staatlichen Mittel zur Unterstützung des Wiederaufbaus nach der Erdbebenkatastrophe vom März 2011 fort. Im Jahresdurchschnitt stieg das BIP um 1,9 %. Die verhaltene Nachfrage aus den Industrieländern und die Unsicherheit über den Ausgang der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise zogen auch die aufstrebenden Volkswirtschaften in Mitleidenschaft. Dies galt vor allem für China, wo sich das Wachstum im ersten Halbjahr deutlich abschwächte.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2012 IN DER SCHWEIZ

Die Abschwächung der Auslandkonjunktur und der nach wie vor hoch bewertete Franken stellten die Schwei-

zer Wirtschaft im Jahr 2012 vor grosse Herausforderungen. Das BIP stieg 2012 um 1 %, nachdem es im Vorjahr noch um 1,9 % gewachsen war. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen nahmen wegen der schwachen internationalen Konjunktur und der Frankenstärke stark verlangsamt zu. Bei den Maschinen und Metallen setzte sich die Abwärtstendenz fort, während die Ausfuhren von Chemikalien und pharmazeutischen Produkten und von Uhren weiter stiegen. Bei den Dienstleistungen erlitt der auf ausländische Gäste ausgerichtete Tourismus weitere Einbussen. Die Einfuhren von Investitionsgütern entwickelten sich verhalten, jene von Konsumgütern legten zu. Der Wohnungsbau profitierte weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen und der anhaltenden Zuwanderung. Zudem zog der Geschäftsbau leicht an, während der Tiefbau an Zugkraft verlor. Der private Konsum stieg mit 2,5 % überdurchschnittlich stark. Dazu trugen tiefere Preise für Konsumgüter, die robuste Einkommensentwicklung sowie der Euro-Wechselkurs bei. Die schwächere Auslandkonjunktur und der starke Franken hinterliessen in vielen Wirtschaftszweigen deutliche Spuren, insbesondere im Gastgewerbe sowie einigen Bereichen der verarbeitenden Industrie. Aber auch die Wertschöpfung im Handel wuchs nur bescheiden, im Transportsektor ging sie sogar zurück. Trotz des sich weiterhin strukturell verändernden Umfeldes nahm die Wertschöpfung im Bankwesen zu, lag aber noch immer rund 15 % tiefer als vor der Finanzkrise. Die Beschäftigung legte auch im Jahr 2012 zu, allerdings je nach Branche sehr unterschiedlich. Im Gastgewerbe und bei den Finanzdienstleistungen ging sie zurück. Die Arbeitslosenquote, die Anfang Jahr 2,7 % betragen hatte, stieg in der Folge langsam aber kontinuierlich. Ende Jahr lag sie bei 3,1 %. Die Reallöhne erhöhten sich im Jahr 2012 spürbar, die Konsumentenpreise bildeten sich um durchschnittlich 0,7 % zurück.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2012 IN GRAUBÜNDEN

(teilweise gemeinsamer Bericht mit dem Bündner Gewerbeverband)

Die Bündner Volkwirtschaft ist 2012 nur marginal gewachsen. Der schwache Euro sowie die wirtschaftlich allgemein instabile Lage in weiten Teilen Europas führten zu einem weiteren Einbruch der touristischen Frequenzen sowie zu einem eher schleppenden Geschäftsgang in der exportierenden Industrie. Auch in Graubünden wurde die Konjunktur vor allem durch den privaten Konsum gestützt.

Von den 14552 (16572) erteilten Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte entfielen 9495 (11691) auf Kurzaufenthalter EU, 1278 (1361) Jahresaufenthalter EU, 3644 (3395) auf Grenzgänger, 75 (86) auf Kurzaufenthalter Drittstaaten, 15 (7) auf Jahresaufenthalter Drittstaaten und 45 (52) auf selbstständig Erwerbstätige.

Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 3545 (3208) und von ausländischen Betrieben 9167 (6590) Arbeitskräfte gemeldet.

Die mittlere Arbeitslosenquote betrug im 2012 in Graubünden wie im Vorjahr 1,6 % (Schweiz: 3,0 %). Ende Juli 2013 wurden in Graubünden 1291 Arbeitslose registriert. Gegenüber dem Juli 2012 mit 1270 Arbeitslosen ist die diese Zahl geringfügig angestiegen.

Ende 2012 waren beim Amt für Berufsbildung 5808 (5'964) Lehrverträge registriert. Im Berichtsjahr wurden 2059 (1995) Lehrverträge neu abgeschlossen, 564 (534) wurden aufgelöst oder umgewandelt.

Die Bündner Exportindustrie lieferte 2012 Waren im Wert von CHF 2,03 Mia. ins Ausland, was einer Abnahme um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr entspricht (Schweiz: + 1,5 %). Innerhalb der im Bündner Aussenhandel bedeutendsten Branchen mussten die Hersteller von Maschinen, Apparaten und Elektronik, die einen Anteil von über 30 % am gesamten Exportvolumen halten, einen Verlust im zweistelligen Prozentbereich hinnehmen. Die chemische Industrie dagegen konnte ihre Ausfuhren um 4,8 % gegenüber dem Vorjahr steigern, ein noch bedeutend stärkeres Wachstum wurde im Export mit Präzisionsinstrumenten erzielt. Die unterschiedliche Entwicklung ist vor allem durch die divergierende Exportstruktur erklärbar – die beiden letztgenannten Branchen konnten verhältnismässig stark von der steigenden Nachfrage aus Nordamerika profitieren. Die eher auf die europäischen Nahmärkte ausgerichteten Branchen leiden stärker unter den Unsicherheiten, vor allem in wichtigen Ausfuhrmärkten wie Italien oder Frankreich. Trotz eines Rückganges auch im deutschen Markt nahm der nördliche Nachbar auch im letzten Jahr noch immer 27 % aller Bündner Waren ab und bleibt so weiterhin der mit Abstand wichtigste Handelspartner.

Im **Tourismusjahr** 2012 (November 2011 – Oktober 2012) verbuchten die Hotels in Graubünden rund 5 Mio. Übernachtungen. Dieses Resultat entspricht einer Abnahme um –7,9 % gegenüber dem Tourismusjahr 2011. Im langjährigen Vergleich liegt das Ergebnis klar unter dem Mittelwert von 5,7 Mio. Hotelübernachtungen. Im Vergleich zum Vorjahr sank auch die Anzahl Ankünfte und somit Gäste in Graubünden, 2012 wurden noch 1,71 Mio. Ankünfte (–4,7 %) registriert. Das Winterhalbjahr bleibt für den Bündner Tourismus der eigentliche Wertschöpfungsmotor, auch wenn sich bei den Übernachtungen das Verhältnis Winter/Sommer tendenziell in Richtung Sommer bewegt (Winter 55 %, Sommer 45 %). In der Wintersaison 2011/12 resultierte in der Bündner Hotellerie ein Minus von –8,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht einer Abnahme von rund 250 000 Logiernächte. Im Zehnjahres-Vergleich liegt das Ergebnis mit 2,75 Mio. deutlich unter dem Mittelwert von 3,23 Mio. Übernachtungen. Etwas geringer ist der Rückgang in der Sommersaison, welche im Vergleich zur Sommersaison 2011 mit einem Minus von –7,1 % schloss. Auf dem Schweizer Markt verzeichnete die Bündner Hotellerie im gesamten Tourismusjahr 2012 eine leichte Abnahme um –1,9 %, was im Vergleich zu 2011 eine Verbesserung bedeutet. Aus sämtlichen GRF-Aufbaumärkten resultierte 2012 ein Logiernächte-Rückgang: Deutschland –18 %, Grossbritannien –11,4 %, Belgien –10,1 %, Niederlande –26.4 %, Luxemburg –22,9 %, Tschechien –2,8 % und Polen –23.1 %. Das Tourismusjahr 2012 zeigt für Graubünden im Vergleich mit den anderen alpinen Mitbewerbern folgendes Resultat: Das Wallis verzeichnet ein Minus von 3,6 %, das Berner Oberland einen Rückgang von –5,6 %.

Bei den **Bergbahnen Graubünden** ging das Geschäftsjahr 2011/12 ertragsmässig als eines der schwächsten in die Geschichte ein. Der Verkehrsertrag sank um CHF 18,3 Mio. oder 7.3 % gegenüber dem Vorjahr und sogar 9.3 % im Vergleich zum Fünfjahresdurchschnitt. Nebst den währungsbedingten Rückgängen bei den Gästen aus dem Euro-Raum, der Abwanderung von Gästen ins Ausland und der zurückhaltenden Konsumentenstimmung waren die Unternehmen insbesondere durch die Witterungsbedingungen gefordert: später Saisonstart, Stürme an umsatzstarken Tagen, langanhaltende Kälteperiode im Februar

und trübes Wetter an den Wochenenden.

Das Geschäftsjahr 2012 der **Rhätischen Bahn** war von einem anspruchsvollen Marktumfeld insbesondere im touristischen Verkehr geprägt. Zudem war der Güterverkehr aufgrund des starken Frankens mit einem hohen Konkurrenzdruck von günstigen Strassentransporteuren aus dem europäischen Raum konfrontiert. Dank vorausschauender Planung und kostenbewusstem Handeln wurde ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Die Investitionstätigkeit war erneut hoch und umfasste primär die Infrastruktur. Das Betriebsergebnis (EBIT) zeigt einen kleinen Gewinn von CHF 0,2 Mio. Als Jahresergebnis verblieb ein Gewinn von CHF 0,1 Mio. Für ungedeckte Betriebskosten hat die RhB Abgeltungszahlungen von insgesamt CHF 160 Mio. von Bund und Kanton erhalten.

Die weltweit in den Geschäftsbereichen Polymere Werkstoffe und Feinchemikalien/Engineering tätige **Ems-Gruppe** steigerte 2012 den Nettoumsatz um 5,9 % auf CHF 1755 Mio. (1658) und das Betriebsergebnis (EBIT) um 8,4 % auf CHF 319 Mio. (294). Wie erwartet, entwickelten sich die geografischen Absatzregionen 2012 sehr unterschiedlich. Asien und Nordamerika setzten ihren Wachstumskurs fort, während die Wirtschaft Westeuropas in einen Abschwung mündete. Ende Dezember 2012 beschäftigte die Ems-Gruppe total 2371 (2242) Mitarbeiter (ohne Lernende), davon 981 (1013) in der Schweiz, ferner 131 (134) Lernende in 14 Berufen.

Nach dem Rekordergebnis von 2011 konnte **Hamilton Bonaduz AG** die Vorjahreszahlen nochmals mit einem 19 %-igen Umsatzzuwachs im Bereich Medizinaltechnik sowie einem 12 %-igen in der Sparte Laborautomatisation übertreffen. Dank dieser guten Auftragslage konnten im Berichtsjahr in Bonaduz 50 bis 60 neue Stellen geschaffen werden. Geplant ist die Realisierung eines weiteren Neubaus in Bonaduz und in Rumänien der Bau einer Fabrikationsanlage für Massenware. Bonaduz bleibt aber weiterhin das Zentrum für die Entwicklung, Produktion und den Vertrieb der Hochtechnologien.

Trotz schwierigen Rahmenbedingungen konnte sich die **CEDES AG** um 3,5 % auf CHF 50 Mio. Umsatz steigern. Mit 32 % (+25 %) wurde der grösste Umsatzanteil in China erzielt, der Umsatzanteil in den USA stieg um 24 % auf fast 10 % des gesamten Umsatzes. Ein beträchtlicher Umsatzanteil wurde in die Forschung und Entwicklung investiert, was einen direkten Einfluss auf die EBIT- und EBITDA-Marge hatte. Die Stückzahl der verkauften Geräte wuchs im Berichtsjahr um 10,5 % auf über 750 000 Stück. Belastet wurde das Ergebnis durch den Preisverfall sowie den starken Franken. Ende 2012 beschäftigte die CEDES-Gruppe weltweit 425 Mitarbeitende (+5,5 %), wobei vor allem an den Standorten in China eine Zunahme zu verzeichnen war. In Landquart wurden 38 Lernende ausgebildet.

Dank einer Diversifizierung zeichnet sich in der **Freymatic AG** ein turn-over ab. Fehlende Investitionen in die Bauwirtschaft und Marktanteilsverluste liessen die Freymatic AG nach einem zweiten Standbein Ausschau halten.

Dank glücklicher Umstände gelang der Einstieg in eine Nische der Strahltechnik, wo extrem genaues dosieren und messen der Strahlintensität erste Priorität haben. Kunden dieser Technik sind einerseits Flugzeug- und Triebwerkhersteller, andererseits Spezialfirmen für deren Wartung. Nach massiven Investitionen in diesen neuen Markt konnten bereits erste Aufträge generiert werden. Der Vertrieb erfolgt über die Firma Roxor Maschinen AG.

In einem schwierigen konjunkturellen Umfeld erzielte die **Würth-Gruppe** mit EUR 9,98 Mia. ein Plus von 2,9 %. Rund 84 % des Umsatzes wurden in Europa erwirtschaftet. Die Gesellschaften ausserhalb Deutschlands konnten das Ergebnisniveau des Vorjahres nicht ganz erreichen. Mit EUR 415 Mio. lag das Betriebsergebnis um 5,1 % über dem Vorjahresniveau, aber deutlich hinter den Erwartungen. Die Würth-Gruppe beschäftigte Ende Dezember 2012 65 169 Mitarbeiter (-1,4 %).

Die Gesamtleistung der **Repower-Gruppe** reduzierte sich 2012 auf CHF 2,372 Mia. (– 6 %), der EBIT auf 81 Mio. (– 38 %). Der Stromabsatz lag mit 15 958 GWh um 15 % tiefer als im Vorjahr, der Vertrieb konnte um 2 % auf 6516 GWh gesteigert werden. Äusserst belastend auf das operative Geschäft wirkte sich die Entwicklung der Preise am Energiemarkt aus. Durch die falsch gewählten Fördermodelle wurde Strom aus erneuerbaren Quellen künstlich derart verbilligt, dass der Marktpreis in keinem Verhältnis zu den Gestehungskosten mehr stand. Der an der Börse Leipzig gehandelte Strompreis lag 2012 pro MWh um CHF 20.00 unter dem Durchschnittspreis der letzten 5 Jahre. 512 der insgesamt 769 Mitarbeitenden wurden in der Schweiz beschäftigt, ferner 30 Lernende.

Die **Graubündner Kantonalbank** hat ihr Wachstumsziel mit Blick auf das Geschäftsvolumen mit 5,6 % Wachstum klar übertroffen. Das Kundenvermögen erhöhte sich um 5,8 % auf CHF 28,9 Mia., der Neugeldzufluss von CHF 590 Mio. ist ohne Beteiligungen generiert worden. Bei den Kundenausleihungen erhöhte sich das Wachstum ebenfalls nochmals leicht um 5,3 %. Der Bruttogewinn erhöhte sich um 4,1 % auf CHF 217,5 Mio., der Konzerngewinn um 3,5 % auf CHF 158,7 Mio. Die Dividende pro PS betrug wiederum CHF 38.00, was einer Dividendenrendite von 3,3 % entspricht. Der Kanton partizipierte am Ergebnis mit insgesamt CHF 83,9 Mio. resp. CHF 434.00 pro Einwohner. Die GKB beschäftigte 1114 Mitarbeitende.

Trotz starken Gegenwindes für die traditionellen Medien wie Zeitungen und Zeitschriften konnte die **Südostschweiz Medien (SOM)** im Jahr 2012 den Betriebsertrag um CHF 0,5 Mio. leicht steigern. Unter Berücksichtigung von einmaligen Sondereffekten wie Aufwendungen für das neue Medienhaus und Umstrukturierungskosten resultierten gegenüber dem Vorjahr ein gesteigerter Cashflow und ein verbesserter Jahresgewinn. Erfreulich gut haben sich die elektronischen Medien entwickelt, allen voran Radio Grischa. Auf gutem Grund bewegt sich auch die Kundendruckerei, die mit einem Effizienzprogramm fitgetrimmt wurde. Mit dem Kauf der 50-%-Beteiligung der Publigroupe an der Inseratefirma Südost-schweiz Publicitas AG sicherten sich die SOM die volle Handlungsfreiheit im Inseratenmarkt.

Die **ÖKK** blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die konsolidierte Rechnung schliesst mit einem Ergebnis von CHF 11,8 Mio. ab und das konsolidierte Eigenkapital beläuft sich auf CHF 121 Mio. Der Gewinn von CHF 11,8 Mio. stammt zu 59 % oder CHF 7 Mio. aus dem KVG-Geschäft und zu 29 % bzw. CHF 3,4 Mio. aus dem VVG-Geschäft.

Heineken Switzerland AG kann auf ein gutes Jahr 2012 zurückblicken. Immer mehr wird eine Konzentration des Wachstums auf die grossen Städte festgestellt, während die Gastronomie in den ländlichen Regionen Mühe bekundet, ihr Volumen zu halten. In grenznahen Regionen machte sich einen starke Zunahme des «Einkaufs-Tourismus» über die Landesgrenzen bemerkbar. Die Entwicklung in den Tourismusgebieten war auch im Jahr 2012 rückläufig, was vor allem die Volumen der Marke Calanda beeinflusste.

Entgegen der allgemeinen negativen Entwicklung in der Tourismusbranche

konnte die **Allegra Passugger Mineralquellen AG** ihre Verkäufe um über 10 % steigern und ihre Marktanteile weiter ausbauen. Dank konsequenter Umsetzung der definierten Wertestrategie und unternehmerischer Disziplin schaffte es die einzige unabhängige Mineralquelle Graubündens, ihre Position weiter zu stärken und Arbeitsplätze in Graubünden zu sichern.

Bei der **Frostag Food-Centrum AG** war der Preisdruck hoch, die Anforderungen an die Qualität und die Leistung nicht geringer geworden. Dank interner Optimierungsprojekte und aktiver Marktbearbeitung musste die Frostag Food-Centrum AG im Gegensatz zu anderen Betrieben aus der Branche nur einen kleinen Umsatz-Rückgang hinnehmen. Auch im Berichtsjahr wurden mehrere Investitionen getätigt, unter anderem in die Realisierung eines neuen Rohstofflagers und in die Produktionsanlagen.

Die Exporte von **Bündnerfleisch** sind gegenüber dem Vorjahr um knapp 18 % zurückgegangen, trotzdem konnten die Verkäufe im Inland erfreulicherweise um mehr als 26 % gesteigert werden. Weil indessen mehr Bündnerfleisch exportiert als im Inland verkauft wird, ging der Absatz insgesamt um rund 174 Tonnen auf 2950 Tonnen zurück.

In der **Transport- und Logistikbranche** hinterliess das anspruchsvolle wirtschaftliche Umfeld seine Spuren. Trotzdem hielt sich das Transportgewerbe, je nach Sparte, befriedigend bis gut. Im Überlandverkehr herrscht nach wie vor ein bissiger Verdrängungswettbewerb. Im Nahverkehr trug unter anderem der nach wie vor stabile Markt im Bauhaupt- und Bauzulieferungsgewerbe zu einem guten Auslastungsgrad bei. Stärker als das wirtschaftliche machte der Branche aber das politische Umfeld zu schaffen, insbesondere die Raubzüge seitens Bundesbern auf das Portemonnaie der Strassenbenützer. Mit Sorge wird auch die Verakademisierung des Chauffeurenberufes infolge stetig neuer Gesetze und Auflagen zur Kenntnis genommen. Die Anzahl Prüfungsabschlüsse ging 2012 im Durchschnitt der letzten 5 Jahre um 30 % zurück.

TRUMPF Schweiz erhöhte an den Standorten Baar und Grüsch den Umsatz um 2 % auf CHF 673 Mio. Bei einem Exportanteil von über 90 % hatte aber die Währungssituation einen wesentlichen Einfluss auf den Erlös. Der EBIT fällt aufgrund der ungünstigen Währungsentwicklung mit CHF 44 Mio. tiefer aus als im Vorjahr (54 Mio.). Der Mitarbeiterbestand erhöhte sich im letzten Jahr um insgesamt 67 Personen auf nunmehr 785 Mitarbeitende, davon 66 Lernende an den beiden Standorten Baar und Grüsch.

Die **Bündner Bauwirtschaft,** in den letzten paar wirtschaftlich schwierigen Jahren stets eine wesentliche Stütze der Bündner Konjunktur, konnte im 2012 nicht mehr ganz an die erfolgreichen Vorjahre anknüpfen. Das Bauvolumen lag mit insgesamt gut CHF 900 Millionen deutlich tiefer als im Vorjahr. Vor allem im Wohnungsbau wurden weniger Auftragseingänge verzeichnet, während sich die nach wie vor recht hohen Investitionen der öffentlichen Hand stabilisierend auf den Tiefbau auswirkten.

Der Geschäftsgang der **Holzwirtschaft** lässt sich kurz zusammengefasst wie folgt beschreiben: Der Holzbau boomt, der Einschnitt harzt, die Holzernte schwächelt. Der Nachfrage-Aufschwung von 2006 hat seinerzeit viel bewirkt und bewegt, aber seit 2010 lastet die Frankestärke auf den Sägewerken und Waldbesitzern, weil der Import massiv von der Hartwährung profitiert. Darum steht für die Sägewerke der make-or-buy-Entscheid im Vordergrund, indem der Einschnitt zurückgefahren und das fehlende Volumen im Handel gedeckt wird.

Die schwachen touristischen Frequenzen haben sich – regional unterschiedlich – zum Teil auch deutlich auf den **Detailhandel** ausgewirkt.

Die **Weinernte** 2012 betrug 22 140 hl. Dies entspricht 2,95 Mio. Weinflaschen mit einem Inhalt von 7,5 dl oder 15 Flaschen pro Bündner Einwohner. Damit liegt die Ernte 4 % unter dem zehnjährigen Mittel. Der Blauburgunder, Graubündens wichtigste Rebsorte, erreichte einen Zuckergehalt von 98 Grad Oechsle, einen optimalen Wert.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleriesuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Verordnung über die Reduktion der CO2-Emissionen (CO2-Verordnung)

Einleitend wurde festgestellt, basierend auf dem bisherigen CO2-Gesetz sei von der Industrie mit erheblichem Aufwand ein gut funktionierendes System mit Verpflichtungszielen und Monitoring aufgebaut worden. Es sei nicht einsichtig, weshalb jetzt überstürzt ein neues System installiert werden sollte. Der Aufbau eines Emissionshandelssystems sei richtig, müsse aber mit jenem der EU verknüpft werden. Die Industrieunternehmen mit Abgabebefreiung hätten in der ersten Compliance-Periode umfangreiche Vorleistungen getätigt und die Verpflichtungsziele weit übererfüllt. Diese mit erheblichen Investitionen verbundenen Emissionsreduktionen seien im Inland generiert und gehandelt worden. Ohne Zusatzeinnahmen aus dem Emissionshandel wären solche Projekte nicht wirtschaftlich gewesen und realisiert worden. Projekte wurden dort realisiert, wo dies mit bestem Kosten-/Nutzen-Verhältnis möglich war. All diese Vorleistungen von Firmen, welche sich für die neue Periode befreien lassen wollen, würden völlig ungenügend berücksichtigt. Dass bereits realisierte Investitionen neu vom Emissionshandel ausgeschlossen würden, widerspreche Treu und Glauben und hätte schlimmstenfalls die Stilllegung solcher Anlagen zur Folge. Der Handel von Emissionszertifikaten führe zu einem wünschenswerten Ausgleich zwischen den Firmen. Die vorgesehene Einschränkung dieses Handels sei unnötig und zielwidrig. Auch hier müsse das Prinzip gelten, dass die inländischen Reduktionen dort erzielt werden sollen, wo dies mit dem besten Kosten-/

Nutzen-Verhältnis möglich ist. Sodann wurden Änderungsanträge zu diversen Einzelbestimmungen gestellt.

Parlamentarische Initiative «Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher»

Im Rahmen einer Konsultation haben wir uns der von economiesuisse vertretenen Auffassung zu dieser Vorlage angeschlossen. Die vorgesehene Rechtsgrundlage resp. Wahlmöglichkeit für den Eigenverbrauch von Strom wurde grundsätzlich begrüsst, allerdings auf das Entstehen einer Trittbrettfahrer-Situation von Eigenverbrauchern auf Kosten der anderen Netzbenutzer hingewiesen. Auch Bezüger eigenen Stromes seien auf Systemdienstleistungen des Netzbetreibers angewiesen, und es wäre stossend, wenn Eigenverbraucher nicht für diese Leistungen zahlen würden. Daher müsse zwingend eine Netzentgeltregelung für den Eigenverbrauch geschaffen werden. Zur vorgesehenen KEV-Aufstockung, welche vor allem für die in der Warteliste befindlichen Projekte für Photovoltaikanlagen diene, wurde bemerkt, aus Gründen der Kosteneffizienz wäre es wesentlich sinnvoller, die energiewirtschaftlich wichtigeren und kosteneffizienten Wasserkraftprojekte vorzuziehen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, mit Photovoltaikanlagen weitere, von der Wasserkraft stammende Stromüberschüsse im Sommerhalbjahr zu schaffen, dies erst noch mit einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung zulasten der Wasserkraft, sodass selbst die benötigten Speicheranlagen nicht mehr rentabel seien. Auch aus der Sicht der Verbraucher stelle sich die Frage, ob es richtig sei, Schulden für den heute forcierten Ausbau einer morgen vielleicht schon veralteten Technologie auf Schultern der kommenden Generation zu finanzieren. Im Übrigen würde ein Grossteil der KEV-Kosten bei der Wirtschaft hängen bleiben. Diese Mehrkosten müssten in einem stark umkämpften internationalen Wettbewerbsumfeld, welches durch den Frankenkurs noch zusätzlich beeinflusst werde, wettgemacht werden. Angesichts der Tatsache, dass die Strompreise für Unternehmen im Vergleich zur EU-27 im obersten Viertel seien und zu den höchsten in Westeuropa gehörten, sei es zeitlich dringend und richtig, dass eine Entlastung der Mehrkosten für alle energieintensiven Unternehmen erfolge und nicht nur für einen eng definierten Kreis von Unternehmen. Auch weitere Unternehmen, die sich zu einer Effizienzvorgabe mit der Energie-Agentur der Wirtschaft verpflichteten, sollten von den Mehrkosten entlastet werden.

Flexibilisierung der Waldflächen

Die unterbreitete Teilrevision der eidgenössischen Waldverordnung wurde sowohl aus raumplanerischer als auch aus landwirtschaftlicher Sicht positiv beurteilt. Insbesondere werde dem Anliegen Rechnung getragen, die Ausdehnung der Waldfläche in die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu unterbinden. Mit dem Blick auf den Verlust von Kulturland weise die Vorlage jedoch noch Mängel auf. Die Möglichkeit, auf Realersatz zu verzichten, dürfe nicht nur für Fruchtfolgeflächen sondern müsse generell auch für landwirtschaftliches Kulturland gelten. Nur dadurch könnten die mit der Flexibilisierung der Waldflächenpolitik anvisierten Zielsetzungen erreicht werden. Unterstützt wurde die Regelung, wonach auf Rodungsersatz insbesondere bei Flächen verzichtet werden könne, die nicht mehr mit Wald bestockt werden können. Ferner begrüsst wurde die Regelung, wonach die Waldgrenzen nicht richtplan-, sondern in den parzellenscharfen Nutzungsplänen einzutragen seien.

Verordnung zum Postgesetz

In Anlehnung an die Vernehmlassung des Verbandes Schweizer Medien wurde das System der indirekten Presseförderung unterstützt als zielgerichtetes und praktikables Instrument zur Stützung der Medienvielfalt. Die in der neuen Verordnung vorgeschlagenen Regeln und Definitionen dienten diesem Zweck. Der heutige Status Quo der geförderten Titel müsse beibehalten werden. Zur neu eingeführten Differenzierung zwischen indirekt und direkt durch staatliche Behörden herausgegebenen Zeitungen wurde das Fehlen einer klaren Begriffsdefinition dieser beiden Arten beanstandet. Ferner wurde ersucht, die beglaubigte Höchstmenge von 40 000 Exemplaren pro Ausgabe auf 50 000 zu erhöhen mit der Begründung, dass die heutige

Presselandschaft im Bereiche zwischen 40 000 und 50 000 einige wenige Blätter aufweise, die knapp nicht von der Presseförderung profitierten. Falls die drei Titel der Südostschweiz nicht als einzelne Titel im Kopfblattverbund gewertet würden, läge deren Gesamtauflage zwischen 40'000 und 50'000. Dieses Beispiel zeige, dass auch der überlebenswichtige Verbund von drei kleinen Zeitungen insgesamt förderungswürdig bleiben müsse. Und schliesslich wurde die Forderung unterstützt, im Rahmen der Geschäftstätigkeit der PostCom eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche sich mit Praxisfragen zum Quersubventionierungsverbot beschäftigt.

Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen

Über economiesuisse haben wir uns zur obigen Vorlage geäussert und vorab darauf hingewiesen, Unternehmen, Gemeinden sowie die Einwohner der Schweiz brauchten dringend Klarheit im Umgang mit Baugesuchen für Zweitwohnungen. Diese Planungssicherheit werde mit der Verordnung nicht vollumfänglich erreicht. Die angenommene Zweitwohnungsinitiative stelle die Wirtschaft insbesondere in den Tourismusregionen auf eine harte Belastungsprobe. Sie behindere die betroffenen Gemeinden in ihrer Entwicklung. Oberstes Ziel müsse neben der Umsetzung des Volkswillens auch die Begrenzung des volkswirtschaftlichen Schadens und der Erhalt der Eigentumsgarantie sein. Entsprechend wurden die vorgesehene Verankerung der Besitzstandsgarantie und die Ausnahmen beim Bau von neuen Zweitwohnungen begrüsst, bei letzteren allerdings noch weitere Anpassungen gefordert. Insgesamt wurde eine praxistaugliche Lösung verlangt, deren Umsetzung mit einem minimalen administrativen Mehraufwand und ohne Mehrkosten bewältigt werden könne. Sodann wurden diverse Änderungsanträge zu den einzelnen Bestimmungen gestellt.

VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

Wirtschaftsentwicklungsgesetz

Die Dachorganisationen der Wirtschaft haben die Rückweisung des Entwurfs zur Revision des Wirtschaftsentwicklungsgesetztes verlangt, weil das Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung resp. der Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Arbeits- und Lebensraumes Graubünden damit nicht erreicht werden könne. Vor der parlamentarischen Behandlung müsse eine wachstumspolitische Strategie zur Generierung des im Regierungsprogramm 2012–2016 postulierten Wirtschaftswachstums erarbeitet werden. Die starke Dezentralisierung der Verantwortung sei das Erfolgsrezept schweizerischen Wirtschaftspolitik auf Bundes- und kantonaler Ebene. Sie beruhe auf der bewährten Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Die öffentliche Hand beschränke sich dabei auf die Festlegung Rahmen- und die Gestal-

tung der Infrastrukturbedingungen. Die Verantwortung und das Risiko für das eigentliche wirtschaftliche Geschehen sollten ausschliesslich die Unternehmen tragen. Diese Grundsätze müssten auch künftig für die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft massgebend sein, würden aber leider in der Vorlage mit der Ausweitung des Giesskannenprinzips massiv verwässert. Dass in der Vergangenheit mehrere Ansiedlungsbemühungen auch wegen fehlender oder ungenügender Rahmenbedingungen (zum Beispiel Boden, qualifizierte Arbeitskräfte) gescheitert seien, werde nicht verkannt. Genau hier sei aber anzusetzen. Nach Auffassung der Dachorganisationen müsse im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Strategie des Kantons die Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale und Stärken sowie die Beseitigung von Standortnachteilen stehen, nicht die Erweiterung der finanziellen Förderungsmöglichkeiten. Die kantonale Wirtschafspolitik soll die Anreizsysteme und nicht die Nachfrage verstärken, den Fokus auf wertschöpfungsstarke Unternehmen mit qualifizierten Arbeitsplätzen richten und endlich den schon lange versprochenen «One-stop-Shop» einrichten. Letzterer sei mit Kompetenzen auszustatten und direkt der Regierung zu unterstellen. Mit der neu vorgesehenen aktiven Bodenpolitik sei die Verfügbarkeit von Boden und die hinreichende Erschliessung zu verbessern.

Teilrevision des Gesetzes über die Kantonale Pensionskasse Graubünden

In der von den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden abgegebenen Vernehmlassung wurde der Vorschlag, dass der Grosse Rat als Gesetzgeber die Beiträge für den Aufbau der Altersleistungen festlege, während die Verwaltungskommission die Versicherungsleistungen bestimme, als richtig erachtet. Nur auf diese Weise könnte die öffentliche Hand, die ihre Beitragsleistungen aus Steuergeldern finanziere, budgetieren, den entsprechenden Aufwand festlegen und die Kosten im Griff halten. Die vorgeschlagene Vollkapitalisierung wurde begrüsst. Eine Teilkapitalisierung hätte gravierende Nachteile und würde zu vollständig falschen Anreizen führen und stünde auch im Widerspruch zu den Bemühungen der letzten Jahre zur Vollkapitalisierung. Ziel der Vorlage müsse die Annäherung an die Regelungen der Privatwirtschaft sein, was mit einer Teilkapitalisierung undenkbar wäre. Die Teilkapitalisierung hätte eine umfassende Staatsgarantie für die Vorsorgeeinrichtung zur Folge und wäre nicht offensichtlich besser als das System der Vollkapitalisierung. Auch politisch wäre der Vorschlag für eine Teilfinanzierung unhaltbar. Seit 12 Jahren werde mit grössten Anstrengungen und unter Aufwand erheblicher Mittel der öffentlichen Hand und der weiteren angeschlossenen Arbeitgeber die Ausfinanzierung verfolgt. Mit einer Teilkapitalisierung könnte der Weg der Verselbständigung und der Aufgabe der Staatsgarantie nicht vollzogen werden. Das vorgeschlagene, sich an die geltende Regelung anlehnende Prozedere zur Wahl der Verwaltungskommission wurde als richtig erachtet und das von den Gewerkschaften vorgeschlagene, administrativ aufgeblähte Verfahren abgelehnt. Anerkennung wurde der Regierung für ihr Bestreben gezollt, das Pensionskassengesetz an das Privatrecht und die Einrichtungen der privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen anzugleichen. Die demografische Entwicklung, die zu hohen Leistungsversprechen und die vermutlich auch langfristig zu geringen Kapitalerträge verlangten identische Massnahmen wie bei privaten Kassen, so insbesondere Leistungskürzungen, wie die Reduktion des technischen Zinssatzes. Es wurde klar darauf hingewiesen, dass Sanierungen der Kasse, wie sie in den letzten Jahren vorgenommen und zur Hauptsache von den Arbeitgebern getragen wurden, nicht mehr akzeptiert würden.

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

Eidgenössische Abstimmungen	Parole	Resultat CH	Resultat GR
11. März 2012			
Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»	Nein	50,6 % Ja	57,33 % Nein
«Bauspar-Initiative»	Ja	56,8 % Nein	54,17 % Nein
Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»	Nein	66,5 % Nein	73,42 % Nein
Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)	Keine	87,1 % Ja	84,87 % Ja
Bundesgesetz über die Buchpreis-bindung	Nein	56,1 % Nein	56,18 % Nein
17. Juni 2012			
Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Banksparen»	Ja	68,9 % Nein	69,49 % Nein
Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vor Volk)»	Nein	75,3 % Nein	75,65 % Nein
Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)	Ja	76,0 % Nein	70,21 % Nein
23. September 2012			
Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)	Keine	72,7 % Ja	72,97 % Ja
Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»	Ja	52,6 % Nein	52,31 % Nein
Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»	Keine	66,0 % Nein	69,18 % Nein
25. November 2012			
Änderung des Tierseuchengesetzes (TSG)	Keine	68,3 % Ja	59,81 % Ja

Kantonale Abstimmungen	Parole	Resultat CH	Resultat GR
29. Januar 2012			
Volksinitiative gegen unnötige Bürokratie und Reglementierung	Ja		91,3 % Ja
11. März 2012			
Teilrevision der Kantonsverfassung (Umsetzung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)	Keine		82,8 % Ja
Verpflichtungskredit von 69 Millionen Franken für den Bau eines kantonalen Verwaltungszentrums, Projekt «Sinergia»	Nein		50,03 % Ja
23. September 2012			
Teilrevision der Kantonsverfassung (Gebietsreform)	Ja		77,1 % Ja
25. November 2012			
Gesetz über Tourismusabgaben (Tourismusabgabengesetz, TAG)	Ja		65,45 % Nein

Ersatzwahl in die Regierung

Als Nachfolger für Dr. Martin Schmid, welcher in den Ständerat wechselte, wurde der von der Handelskammer unterstützte Dr. Christian Rathgeb (FDP) in die Regierung gewählt.

ZUSAMMENARBEIT

Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Gemeinsam haben die drei Verbände unter anderem bei der HTW Chur die Studie zum Thema «Der Einfluss der politischen Strukturen auf die wirtschaftliche Aktivität des Bündner Rheintals» in Auftrag gegeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Durchführung von gemeinsamen Anlässen (im Berichtsjahr zum Beispiel Energiewende 2050), Vernehmlassungen und Eingaben an Behörden oder Positionierungen in der Öffentlichkeit verstärken das Gewicht der Stimme der Wirtschaft. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 15. Mai 2012 zum 16. Mal in Folge zu einer gegenseitigen Aussprache eingeladen. Behandelt wurden die Themen Steuerreduktionen, Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative und Olympische Winterspeile 2022 in Graubünden. Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Andreas Züllig für die gute Zusammenarbeit.

DACH ORGANISATIONEN Wirtschaft Graubünden

PULS

Die GKB, die Südostschweiz, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden und die Handelskammer Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation «PULS». Dieser befasste sich im Berichtsjahr 2012 in zwei Ausgaben mit der Bündner Landwirtschaft und dem Projekt der Olympischen Winterspiele als einzigartige Chance. Der traditionelle Puls-Anlass Ende Jahr fand vor vollen Reihen im GKB-Auditorium statt. Bundesrat Ueli Maurer, Gian Gilli und SP-Präsident Jon Pult diskutierten unter der Leitung von Andri Franziskus, Journalist, 10vor10, unter dem Titel «Olympische Spiele 2022» – ein Steilpass für Graubünden.

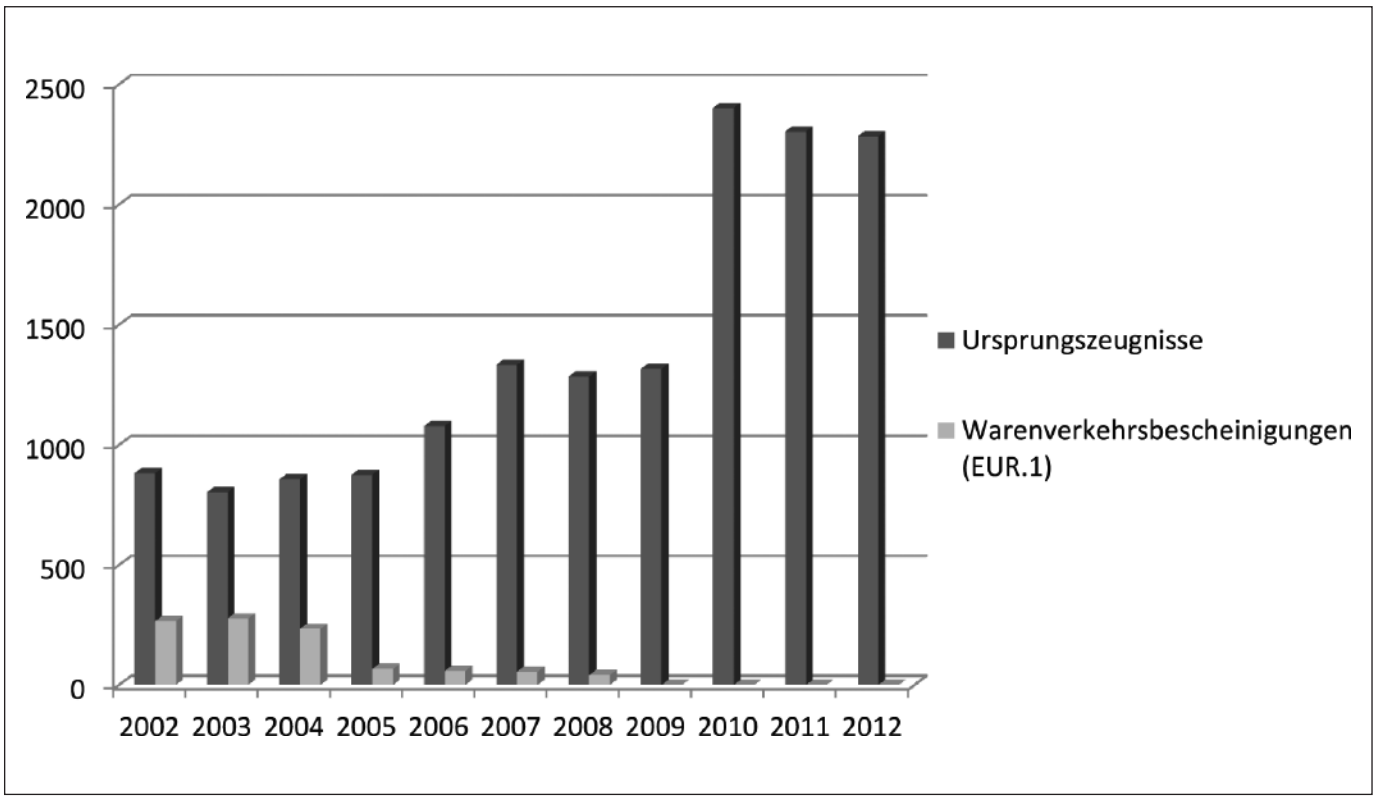
PULS. Bündner Wirtschaftstrends Prognosen der Graubündner Kantonalbank

Weitere Partner

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Allen diesen Partnern danken wir für die gute Zusammenarbeit.

VERBANDSAKTIVITÄTEN

Die Haupttätigkeit des Sekretariates bestand auch im Berichtsjahr in der Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an economiesuisse sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär **Abstimmungskomitees** und Kommissionen an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themen behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen. Schwerpunkte der Tätigkeit des Sekretariates waren im Berichtsjahr unter anderem die Vorbereitung der Abstimmungen für die Zweitwohnungsinitiative, der Tourismusabgabe sowie zu Olympia 2022. Beschäftigt hat uns aber auch die Swissness-Vorlage, bei welcher sich die Schweizerischen Industrie- und Handelskammern gemeinsam mit economiesuisse für die «50 %-Regel» sowie für einen griffigen, KMU-tauglichen Schutzmittels branchenspezifischer Lösungen eingesetzt haben.



Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 2284 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 2402), hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres 504 (497) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 47 Bergbahnen, 82 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 8 **«HK-News»** herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten (zum Bespiel Energiewende 2050). Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäussert hat, mit Communiqués bedient. Neuerdings wurde den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden zudem die Möglichkeit eröffnet, sich mehrmals jährlich im «Klartext» des Bündner Tagblatts zu äussern.

Im Auftrag der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden hat die HTW Chur eine Studie zum Thema **«Der Einfluss der politischen Strukturen auf die wirtschaftliche Attraktivität des Bündner Rheintals»** verfasst. Damit sollte die Diskussion um optimale politische Strukturen auch auf das wirtschaftliche Zentrum Graubündens ausgedehnt werden. Auf einer Fläche von 4,6 % des gesamten Kantons erwirtschaftet das Bündner Rheintal rund 43 % des Bündner Bruttoinlandproduktes. Als zusammenhängender Wirtschafts- und Lebensraum ist das Bündner Rheintal kleinräumig und institutionell überstrukturiert mit Doppelspurigkeiten, welche einen hohen Koordinationsbedarf erfordern. Das bestehende komplexe System der interkommunalen Zusammenarbeit erschwert die politische Handlungs- und Steuerungsfähigkeit. Grössere Gemeindegebiete würden gemäss Ergebnis der Studie insbesondere eine abgestimmte, ganzheitliche Flächen- und Zonenplanung sowie eine gemeinsame Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Aus Unternehmersicht ist ein grösseres Gemeindegebiet zudem zur weiteren Professionalisierung öffentlicher Dienstleistungen wünschbar. Allerdings zeigte die Studie auch Vorbehalte bezüglich einer drohenden Bürokratisierung auf. In Abwägung aller politischen und wirtschaftlichen Aspekte, erachtet die Studie ein 5-Gemeinde-Modell für das Bündner Rheintal als zweckmässig. Die Studie ist im Wortlaut auf der Homepage der Handelskammer einsehbar.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kon-

takt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **Switzerland Global Enterprise** (vormals OSEC) erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für Berufsbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentum Liechtenstein angeschlossen. Dieses Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Vereinzelt werden auch gemeinsame Vernehmlassungen und Positionsbezüge abgegeben, nämlich bei Vorlagen von gesamtschweizerischem Interesse, bei welchem sämtliche Wirtschaftsregionen in gleicher Weise betroffen sind.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

Die **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenzzonenhandelskammern** hat im Berichtsjahr nicht getagt.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 22. Oktober 2012 stand das Thema «Wirtschaftsförderung im globalen Kontext – und in Graubünden?» Nach einem Einführungsreferat von Andreas Müller, Partner KPMG AG, und Thomas Linder, Direktor KPMG AG, diskutierten unter der Leitung von Peder Plaz der Referent, Andreas Müller, sowie die Vorstandsmitglieder Pius Truffer, Andreas Wieland und Andreas Züllig. Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu drei Sitzungen zusammengetreten, ferner wurden Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Mutationen im Vorstand ergaben sich durch die Demissionen von Martin Gredig und Rico Monsch resp. die Wahl von Alfred Janka und Thomas Roth als neue Mitglieder sowie von Martin Hug als neues Mitglied und Vizepräsident der Handelskammer.

BERICHT DER AHV-AUSGLEICHSKASSE FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE IN GRAUBÜNDEN/GLARUS

Die Jahresversammlung des Kassenvorstandes

Dieser trat am 4. Mai 2012 unter dem Vorsitz von Präsident Urs Schädler im Sitzungszimmer des Gewerbeverbandes in Chur zusammen. An dieser Jahresversammlung behandelte und genehmigte der Kassenvorstand die Jahresrechnung 2011, das Budget für das Rechnungsjahr 2012 sowie den Jahresbericht 2011.

Beiträge der Versicherungszweige

Im Berichtsjahr 2012 sind von unseren Mitgliedern CHF 91 311 769.65 an Beiträgen für die AHV-, IV- und EO-Versicherung abgerechnet worden. Davon entfallen CHF 3 348 672.55 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden über unsere Kasse 1,66 % mehr Beiträge abgerechnet. Abgeschrieben, herabgesetzt und zurückgebucht haben wir im vergangenen Jahr Lohnbeiträge und Zinsen in der Höhe von CHF 9 195.45.

Beiträge an die Arbeitslosenversicherung

Die Beitragsabgaben an die Arbeitslosenversicherung haben sich um CHF 490 889.20 oder um 2,85 % erhöht.

Leistungen der AHV

Im Jahr 2012 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten um 2 % oder CHF 1 275 324.00 erhöht. Die AHV-Hilflosenentschädigungen haben sich um 0,1 % vermindert.

Leistungen der IV

Für die ordentlichen Invalidenrenten mussten wir im Jahre 2012 CHF 6 923 131.00 aufwenden, das sind CHF 651 166.00 oder 10,38 % mehr als im Vorjahr. IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr CHF 975 670.75 vergüten, was einer Zunahme der Auszahlungen von CHF 103 742.15 entspricht (11,9 %). Wir haben 45 Fälle (Vorjahr 36) bearbeitet. Als Aufwand für die IV-Hilflosenentschädigungen konnten wir CHF 117 624.00 verbuchen. Das sind CHF 34 536.00 weniger als im Vorjahr.

Erwerbsersatz im Militärdienst, Zivilschutz, Jugend + Sport

Der Aufwand für Entschädigungen betrug CHF 3 255 964.50 (plus CHF 44 027.20, resp. 1,36 %). Nach der neuen Armeereform werden weniger Wehrmänner für den Dienst einberufen.

Mutterschaftsentschädigung

Während des Jahres 2012 haben wir an 96 (Vorjahr 85) Personen Leistungen in der Höhe von gesamthaft CHF 1 007 445.70 ausgerichtet (plus 102 474.95). Zusätzlich zu den EO- und Mutterschafts-Entschädigungen musste der AHV-Fonds Beiträge in der Höhe von CHF 263 341.55 ausgleichen.

Kantonale Familienausgleichskasse Graubünden

Ab 1. Januar 2009 betragen die allgemeinen Kinderzulagen Fr. 220.00 pro Kind und Monat und für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr CHF 270.00. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1,9 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Im Jahr 2012 haben unsere Mitglieder CHF 14 647 378.65 an Beiträgen abgerechnet, das sind CHF 639 154.50 mehr als im Vorjahr (plus 4,56 %). An Leistungen haben wir CHF 13 201 198.60 vergütet oder CHF 383 251.65 mehr als im Jahr zuvor (plus 2,98 %).

Kantonale Familienausgleichskasse Glarus

Ab 1. Januar 2009 betragen die allgemeinen Kinderzulagen CHF 200.00 pro Kind und Monat und CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1,4 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 645 292.20 an Beiträgen abgerechnet. Das sind CHF 57 695.55 mehr als im Vorjahr (plus 7,98 %). Leistungen haben wir CHF 789 220.65 oder CHF 54 076.00 weniger vergütet (6,85 %)

Familienausgleichskasse der Ostschweizer Ausgleichskasse für St. Gallen

Seit 1. Januar 2009 führen wir eine FAK-Abrechnungsstelle der Ausgleichskasse Ostschweizer Handel für den Kanton St. Gallen. Die allgemeinen Kinderzulagen betragen CHF 200.00 pro Kind und Monat und CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr. Der Beitragsansatz beträgt 1,7 % der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 49 684.95 an Beiträgen abgerechnet. Leistungen haben wir CHF 110 535.85 ausbezahlt.

Versicherungsausweise und individuelles Konto (IK)

Während des Berichtsjahres haben wir von der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf 10 707 MZR (Meldungen Zentrales Register) erstellen lassen. Das sind 1273 weniger als im Vorjahr. Zusätzlich haben wir 427 Gesamt-Kontoauszüge an Privatpersonen zugestellt. Davon waren 123 mit einer provisorischen/prognostischen Rentenvorausberechnung zu erstellen.

VERBANDSRECHNUNG 2012

Bilanz

Konto		Bilanz per 31.12.2012 Aktiven	Bilanz per 31.12.2012 Passiven	Bilanz per 31.12.2011 Aktiven	Bilanz per 31.12.2011 Passiven	Abweichungen
1000	**Kassa**	103.45		116.10		– 12.65
1010	**Postkonto Chur**	233 623.57		158 605.28		75 018.29
1020	**GKB Chur Sparkonto**	35 362.36		25 001.56		10 360.80
1025	**UBS Chur Sparkonto**	13 677.69		13 648.69		29.00
1040	**GKB Chur**	4 596.95		4 619.65		– 22.70
1045	**CS Chur Sparkonto**	1 056.65		1 054.01		2.64
1050	**Wertschriften**	301 801.00		301 808.00		– 7.00
1052	**Debitoren**	29 230.83		76 105.90		– 46 875.07
1060	**ESTV Bern, Vst.**	3 659.10		3 659.45		– 0.35
1070	**Bücher**	1.00		1.00		0.00
1080	**Qualitätsschutzmarke**	1.00		1.00		0.00
1300	**Trans. Aktiven**	952.80		33.65		919.15
2000	**Kreditoren**		20 407.47		17 322.90	3 084.57
2050	**Rückstellungen**		60 000.00		70 000.00	– 10 000.00
2090	**Trans. Passiven**		0.00		0.00	0.00
2100	**Verbandskapital**		**543 658.93**		**497 331.39**	**46 327.54**
	Total	624 066.40	624 066.40	584 654.29	584 654.29	

Verwaltungsrechnung

Konto	2012 Aufwand	2012 Ertrag	2011 Aufwand	2011 Ertrag	Abweichungen
Verbandserträge					
3000 **Mitgliederbeiträge**		121 222.25		138 768.80	–17 546.55
3010 **Beglaubigungen**		151 839.85		142 655.89	9 183.96
3050 **Sekretariatsentschädigung**		20 000.00		20 000.00	0.00
3100 **Diverse Einnahmen**		332.85		542.79	–209.94
Verwaltungskosten					
5000 **Saläre**	98 222.40		98 222.40		0.00
5070 **Sozialkosten**	29 734.80		29 722.50		12.30
6000 **Büromiete**	4 800.00		4 800.00		0.00
6500 **Büromaterial/Drucksachen**	12 756.55		12 131.60		624.95
6510 **Porti, Telefon**	3 128.75		1 931.35		1 197.40
6520 **Abonnemente**	1 268.35		2 268.80		–1 000.45
6599 **Steuern**	3 038.00		3 389.00		–351.00
Werbung/Repräsentation					
6600 **Inserate und Werbung**	12 074.70		3 387.35		8 687.35
6620 **Beiträge**	29 096.30		46 310.73		–17 214.43
6630 **Projektbeiträge**	61 912.00		0.00		61 912.00
6660 **Sitzungs-/Reisespesen**	7 475.10		7 023.50		451.60
6670 **Veranstaltungen**	0.00		3 951.35		–3 951.35
6700 **Diverse Ausgaben**	3 961.60		5 121.00		–1 159.40
Finanzerfolg					
6800 **PC-/Bankspesen**	309.20		254.95		54.25
6850 **Zinsertrag**		10 710.34		10 704.76	5.58
Rückstellungen					
6900 **Rückstellungen Jubiläum**	15 000.00		15 000.00		00.00
6901 **Rückstellungen Abstimmungen**	–25 000.00		–25 000.00		–50 000.00
Ergebnis 2012 (2011)	**46 327.54**		**54 157.71**		**–7 830.17**
Total	304 105.29	304 105.29	312 672.24	312 672.24	

REVISORENBERICHT 2012

Bericht zur Eingeschränkten Revision
an die Mitgliederversammlung des Verbandes
Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur

Als vom Vorstand beauftragter Wirtschaftsprüfer haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden für das am **31. Dezember 2012** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während die Aufgabe der Rechnungsrevisoren darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizerischen Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Chur, 8. Juli 2013

Capol & Partner AG

Beda Capol
Revisionsexperte

Beilagen:
- Bilanz per 31. Dezember 2012
- Erfolgsrechnung 2012

Bericht der Rechnungsrevisoren

Gestützt auf den obigen Bericht des vom Vorstand beauftragten Wirtschaftsprüfers und unseren eigenen Prüfungen empfehlen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Chur, 8. Juli 2013

André Thomas Michel Peder

PULS.

VERBANDSORGANISATION 2012

VORSTAND

EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990

VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur, Vizepräsident	seit 2005
Hug Martin, Weisse Arena AG, Laax, Vizepräsident	seit 2012

b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart	seit 2002
Frei Ivo, deep AG, Chur	seit 2008
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur	seit 2008
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Truffer Pius, Truffer AG, Vals	seit 2007
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

VOM VORSTAND GEWÄHLT

Costa Sandro, Dr., Costa AG, Pontresina	seit 2009
Ernst Hansjörg, Ems-Chemie AG, Domat/Ems	seit 2010
Janka Alfred, Repower AG, Chur	seit 2012
Lebrument Susanne, Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur	seit 2009
Roth Thomas, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 2012

KOMMISSIONEN

VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Edy Belloli, Roland Jäggi, Ludwig Locher

ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Susanne Lebrument

TOURBO Tourismus, Boden, Planung. Land- und Forstwirtschaft

Dr. Sandro Costa, Reto Müller, Pius Truffer, Andreas Züllig

FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Ludwig Locher, Rico Monsch

RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol & Partner AG, Chur	seit 2002
André Thomas, Müntener & Thomas, Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur	seit 2002

Stellvertreter

lic. iur. Michel Peder, Geschäftsführer BeniPederConsulting AG, Chur	seit 2011

SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur	seit 1985

Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Brügger Gianina, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie
Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Jürg Poppel, Christian Schnoz, Peter Strolz, Mitglieder

Kreisprüfungskommission Graubünden
Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur
Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Loher (Graubündner Zahnärztegesellschaft)

Interessensgemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)
Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)
Ludwig Locher, Präsident

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)
Ludwig Locher

ibW Höhere Fachschule Südostschweiz
Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen
Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Koordinationsgremium für die KMU-Politik
Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt
Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

Redaktion «PULS»
Dr. iur. Marco Ettisberger

Marke «graubünden»
Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «wirtschaftliche Attraktivität des Bündner Rheintals» der Dachorganisationen Wirtschaft Graubünden
Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «Dienstleistungen aus Graubünden» des Wirtschaftsforum Graubünden
Dr. iur. Marco Ettisberger; Susanne Lebrument

Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden
Ludwig Locher

Arbeitsgruppe «Stärkung des Hochschulstandortes Graubünden»
Dr. iur. Marco Ettisberger; Andreas Wieland

Arbeitsgruppe «Swissness» der Schweizerischen Industrie- und Handelskammern (SIHK)
Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «Raumplanung» von economiesuisse
Dr. iur. Marco Ettisberger

Infrastrukturkommission von economiesuisse
Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «Umsetzung Zweitwohnungsinitiative» von economiesuisse
Dr. iur. Marco Ettisberger

Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen
Dr. iur. Marco Ettisberger

Commitato di sorveglianza Interreg Italia-Svizzera
Dr. iur. Marco Ettisberger

Jahresbericht 2012, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Adresse: Haus der Wirtschaft | Hinterm Bach 40 | 7000 Chur | Telefon 081 254 38 00 | Fax 081 254 38 09 | www.hkgr.ch